

rung, die eigenen Investitionsmittel im Budget drastisch zu erhöhen und damit eventuell gegen die Maastricht-Kriterien (Defizite!) zu verstoßen. Implizit ergibt sich jedoch eine Aussage über die Anforderungen an die Absorptionsfähigkeit: Die Schätzungen kommen in ihrer Größenordnung auf ca. 1,0-1,5 vH des BIP Polens im Jahre 2000, was sicherlich realistischer als in den meisten anderen Schätzungen ist.

Bereits im Rahmen der gegebenen Strukturpolitik der EU könnten somit die zu erwartenden Transfers bei Berücksichtigung der Absorptionsfähigkeit und des Prinzips der Zusätzlichkeit in der Finanzie-

rung sehr viel geringer ausfallen als dies bislang öffentlich diskutiert wurde. Entscheidend ist eine angemessene Handhabung der Überprüfungsmöglichkeiten bei der Mittelvergabe seitens der Europäischen Kommission. Gleichwohl ist dies kein Plädoyer gegen eine Reform der EU-Strukturpolitik. Vielmehr bedeutet die Antizipation derartiger Reformen eine zusätzliche Chance, die budgetären Kosten zu senken und den Mitteleinsatz effizienter zu gestalten.

Martina Kämpfe  
(mkp@iw.h.uni-halle.de)

## Zum Stand des Ausbaus der kommunalen Abwasserentsorgung in den neuen Ländern

*Seit der deutschen Vereinigung haben die ostdeutschen Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände umfangreiche Baumaßnahmen zur Abwasserbeseitigung durchgeführt. Im Zeitraum 1991 bis 1995 wurden dafür etwa 9 Mrd. DM aufgewandt. Hinzu kommen weitere Investitionen von rechtlich selbständigen kommunalen Wirtschaftsunternehmen (Eigengesellschaften bzw. Stadtwerken) und von privaten Betreibern öffentlicher Anlagen. Durch diese Maßnahmen wurden die zum Zeitpunkt der deutschen Vereinigung zu verzeichnenden hohen Mängel in der Abwasserentsorgung verringert. Gleichwohl sind noch umfangreiche Investitionen erforderlich, um gesetzliche Mindestanforderungen der Abwasserreinigung bzw. der Abwassereinleitung in Gewässer zu erfüllen.*

*Anfang 1996 lagen die durchschnittlichen Abwassergebühren um etwa 8 vH über dem westdeutschen Niveau. Dies ist ein Standortnachteil für Indirekteinleiter von Abwässern, d.h. für Gewerbetreibende sowie kleine und mittlere Betriebe. In Regionen, in denen überdurchschnittlich hohe Abwassergebühren mit weiteren ungünstigen Faktoren zusammenfallen, etwa mit Defiziten der Verkehrsinfrastruktur oder mit hohen Strompreisen, kann dadurch die Ansiedlung von Unternehmen behindert werden.*

### **Standortfaktor und Nachholbedarf**

Für die regionale Wirtschaftsentwicklung und die Standortwahl von Unternehmen ist u.a. die Sicherung einer vorschriftsgemäßen und effizienten öffentlichen Abwasserentsorgung bedeutsam. Dar-

auf weist eine Reihe von Untersuchungen in den alten Ländern hin.<sup>19</sup> Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, die aus wirtschaftlichen Gründen keine eigenen Kläranlagen betreiben können, sind auf die Einleitung und Behandlung von Abwässern in öffentlichen Anlagen angewiesen. Darüber hinaus trägt eine umweltschutzgerechte Abwasserbeseitigung zur Verbesserung der Gewässergüte bei. Das wirkt sich positiv auf wirtschaftliche Nutzungen aus, z.B. auf die Trinkwassergewinnung, die Wasserentnahme für Produktionszwecke oder auf Tourismus-, Erholungs- und Freizeitaktivitäten in Gewässern. Hat eine Region Ausstattungsdefizite in der Abwasserentsorgung, können dadurch die wirtschaftliche Entwicklung, die Ansiedlung von Unternehmen sowie die Umwelt- und Lebensqualität negativ beeinflusst werden.

Vor diesem Hintergrund erlangte die Beseitigung der zum Zeitpunkt der deutschen Vereinigung vorhandenen enormen Infrastrukturdefizite und die Sicherung einer vorschriftsgemäßen Abwasserentsorgung in Ostdeutschland eine besondere Bedeutung. Im Jahr 1989 betrug der Anschlußgrad der Bevölkerung an die öffentliche Kanalisation (Kläranlagen) nur etwa 73 (57) vH, in den alten Ländern etwa 93 (90) vH.<sup>20</sup> Etwa ein Fünftel der kommu-

<sup>19</sup> Vgl. dazu u.a. GATZWEILER, H.-P.; IRMEN, E.; JANICH, H.: Regionale Infrastrukturausstattung. Bonn 1991. – BACH, S.; GORNIG, M.; STILLE, F.; VOIGT, U.: Wechselwirkung zwischen Infrastrukturausstattung, strukturellem Wandel und Wirtschaftswachstum. Berlin 1994.

<sup>20</sup> Vgl. KOMAR, W.: Zur Entwicklung der Umweltsituation in Ostdeutschland, in: Pohl, R. (Hrsg.): Herausforderung

Tabelle 1:

Baumaßnahmen der Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände für die Abwasserbeseitigung in den neuen Ländern

Länder	1991	1992	1993	1994	1995 <sup>b</sup>	1991 bis 1995	
	Mio. DM					Mio. DM	DM pro Einwohner
Brandenburg	206	398	543	290	170	1.599	629
Mecklenburg-Vorpommern	97	239	192	145	87	761	417
Sachsen	359	738	953	1.154	697	3.902	855
Sachsen-Anhalt	142	413	545	425	244	1.769	646
Thüringen	104	249	290	210	111	963	385
Neue Länder (ohne Berlin Ost)	908	2.038	2.514	2.224	1.310	8.994	635
<i>Nachrichtlich: Alte Länder<sup>b</sup></i>	9.300	10.153	9.384	9.126	8.218	46.181	747

<sup>a</sup> Die Baumaßnahmen der Zweckverbände wurden auf Basis der Rechnungsstatik der Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände 1994 sowie der Kassenstatistik der Gemeinden und Gemeindeverbände 1995 geschätzt. – <sup>b</sup> Ohne Stadtstaaten.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

nalen Abwässer wurde ungereinigt in Gewässer eingeleitet. Viele Kläranlagen waren veraltet, besaßen lediglich eine mechanische Reinigungsstufe und entsprachen nicht den geltenden Regelungen der Abwasserbeseitigung. Weit über die Hälfte der Kanalisationen wies bauliche Schäden auf und war stark sanierungsbedürftig. Folglich wurden hohe Schadstofffrachten in die Gewässer eingeleitet. So waren Nachrüstungen und Neubauten im Bereich der Abwasserentsorgung dringend erforderlich.

### Investitionen in die Infrastruktur

Von 1991 bis 1995 realisierten die ostdeutschen Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände Baumaßnahmen zur Abwasserbeseitigung in Höhe von rund 9 Mrd. DM<sup>21</sup> (vgl. Tabelle 1). Hinzu kommen weitere Investitionen von rechtlich selbständigen kommunalen Wirtschaftsunternehmen der Abwasserentsorgung (Eigengesellschaften bzw. Stadtwerke)<sup>22</sup> sowie von privaten Betreibern öffentlicher Abwasserentsorgungsanlagen, die außerhalb kommunaler Haushalte realisiert und durch die Statistik der Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushaltes nicht erfaßt werden.<sup>23</sup> Diese sind in Tabelle 1 nicht enthalten.

Die kommunalen Bauaufwendungen pro Einwohner lagen im Zeitraum 1991 bis 1995 um etwa

15 vH unter dem Niveau der westdeutschen Flächenländer. Allerdings ist zu beachten, daß die in Tabelle 1 nicht erfaßten kommunalen Eigengesellschaften bzw. Wirtschaftsunternehmen sowie privaten Betreiber in Ostdeutschland eine größere Rolle spielen und deswegen vergleichsweise höhere Anteile an den gesamten Investitionen in die öffentliche Abwasserbeseitigung als in Westdeutschland besitzen. Nach einer Übersicht des Verbandes der privaten Abwasserentsorger e.V. vom Juni dieses Jahres gibt es in Ostdeutschland (Westdeutschland) 93 (76) Projekte der Abwasserbeseitigung mit Beteiligung von privaten Firmen, davon 68 (45) Projekte, bei denen die private Beteiligung im Rahmen von Betreiber- bzw. Kooperationsmodellen erfolgt.<sup>24</sup> Von dem Investitionsvolumen der Betreibermodell- bzw. Kooperationsmodellvorhaben – im Umfang von etwa 5,3 Mrd. DM – entfallen rund 81 vH auf Ostdeutschland.<sup>25</sup> Die Investitionen der rechtlich selbständigen kommunalen Wirtschaftsunternehmen (Stadtwerken und dergleichen) konnten wegen der unvollständigen Datenbasis nicht ermittelt werden. Gleichwohl weisen die hohen kommunalen Baumaßnahmen in den westdeutschen Flächenländern (vgl. Tabelle 1) darauf hin, daß auch in den alten Ländern umfangreiche Investitionen notwendig waren, um Kläranlagen entsprechend Umweltschutz-

Ostdeutschland – Fünf Jahre Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Berlin 1995, S. 269 ff.

<sup>21</sup> Einschließlich der mit den Baumaßnahmen im Zusammenhang stehenden Anlagen, Betriebsanlagen, sonstigen technischen Anlagen sowie dauerhaften Einbauten und Ausstattungen.

<sup>22</sup> Diese sind zur Aufstellung einer Bilanz sowie zur Gewinn- und Verlustrechnung verpflichtet.

<sup>23</sup> Vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT: Fachserie 14 Finanzen und Steuern, Reihe 3.1. Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts, S. 6 ff. Stuttgart 1996.

<sup>24</sup> Bei dem Betreibermodell plant, finanziert, baut und betreibt ein Privatunternehmen die öffentliche Abwasseranlage. Bei dem Kooperationsmodell erfolgt dies durch eine privatrechtliche Gesellschaft, an der private Firmen und Gemeinden bzw. Zweckverbände beteiligt sind. In der Regel besitzen die Gemeinden bzw. Zweckverbände einen Mehrheitsanteil an den Gesellschaftereinlagen dieser Kooperationsgemeinschaft.

<sup>25</sup> In Ost- wie in Westdeutschland wurden die Investitionsangaben bei etwa 12 vH der Projekte nicht beziffert, so daß die genannte Summe eine Untergrenze darstellt.

vorschriften der Europäischen Union nachzurüsten und defekte Kanalisationen zu sanieren.

### Verbesserung des Entsorgungsniveaus

Mit den Investitionen in die Kanalisation und in Kläranlagen wurde die öffentliche Abwasserbehandlung in den neuen Ländern merklich erweitert und verbessert (vgl. Tabelle 2). Dies hat mit zur Verringerung der Belastungen von Gewässern beigetragen.<sup>26</sup>

Tabelle 2:

Anschlußgrad der Bevölkerung an öffentliche Kanalisationen und Kläranlagen

- in vH -

	Kanalisation		Kläranlagen	
	1991	1995	1991	1995
Brandenburg	54	60	54	60
Mecklenburg-Vorpommern	70	75	65	74
Sachsen	75	80	60	70
Sachsen-Anhalt	66 <sup>b</sup>	76	56 <sup>b</sup>	69
Thüringen	82	88	43	56
Neue Länder und Berlin-Ost <sup>a</sup>	75	80	60	70
<i>Nachrichtlich:</i>				
Alte Länder und Berlin-West <sup>a</sup>	94	96	92	94

<sup>a</sup> Angaben der Abwassertechnischen Vereinigung e.V. (ATV); in ATV (Hrsg.): Zahlen zur Abwasser- und Abfallwirtschaft, Hennef 1996, S. 5 und 11. - <sup>b</sup> 1990.

Quelle: Umweltministerien der neuen Länder, ATV.

Allerdings lag das Niveau der Abwasserbehandlung im Jahr 1995 im Durchschnitt unter dem westdeutschen (vgl. Abbildung).

Rückstände gibt es vor allem noch bei der weitergehenden Abwasserbehandlung, die eine über die mechanisch und biologische Behandlung hinausgehende dritte Reinigungsstufe zur Phosphat- und Stickstoffeliminierung umfaßt. Die Richtlinie 91/271/EWG der Europäischen Union schreibt u.a. eine weitergehende Abwasserbehandlung mit Nährstoffbeseitigung für Städte mit über 10.000 Ein-

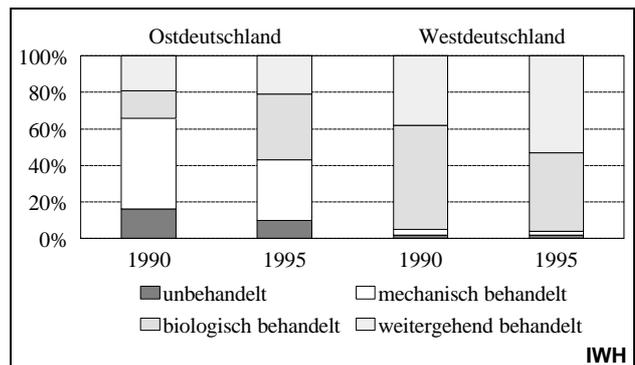
<sup>26</sup> Nach der Gewässergütekarte 1995 weist die Elbe ab der tschechischen Grenze durchgehend die Klasse II-III „kritisch belastet“ auf. Im Vergleich dazu hatte der Rhein die Güteklasse II „mäßig belastet“, die von der Bundesregierung für alle Fließgewässer in Deutschland angestrebt wird. 1990 wurde die Elbe im ostdeutschen Flußabschnitt noch überwiegend als „stark verschmutzt“ (Güteklasse III), unterhalb und oberhalb von Dresden überwiegend als „übermäßig verschmutzt“ (Güteklasse IV), in einzelnen Abschnitten auch als „ökologisch zerstört“ (zusätzlich für ostdeutsche Fließgewässer eingeführte Klassifizierung) eingestuft. Vgl. LÄNDERARBEITSGEMEINSCHAFT WASSER (LAWA) (Hrsg.): Gewässergütekarte 1995 und 1990. Berlin 1995 bzw. 1990.

wohnerwerten<sup>27</sup> spätestens bis zum 1. Januar 1999 vor, sofern diese in empfindlichen Einzugsgebieten liegen.<sup>28</sup> Nach Angaben der Umweltministerien der neuen Länder erfüllten etwa 39 vH der in Ostdeutschland davon betroffenen Kommunen diese Anforderung Ende 1996 noch nicht (vgl. Tabelle 3).

Abbildung:

Niveau der kommunalen Abwasserbehandlung<sup>a</sup>

- Anteile in vH -



<sup>a</sup> 1995 nach Berechnungen des Umweltbundesamtes (UBA).

Quelle: UBA: Jahresbericht 1993, Berlin 1994, S. 292.

Trotz der erzielten Fortschritte der Abwasserbehandlung sind weitere Investitionen in die Infrastruktur zu tätigen, um gesetzliche Mindestanforderungen an die Abwasserreinigung bzw. an die Einleitung von Abwasser in Gewässer erfüllen zu können. Das Bundesumweltministerium geht auf der Basis von Angaben der Länder davon aus, daß in den ostdeutschen Kommunen bis zum Jahr 2005 etwa 70 Mrd. DM in die Herstellung, Modernisierung und Sanierung von Kanalisationen und Kläranlagen zu investieren sind, um Umweltschutzanforderungen zu erfüllen.<sup>29</sup> Davon dürfte mehr als die Hälfte auf den Ausbau und die Sanierung von Kanalisationen entfallen. Betrachtet man den Umfang der bisherigen Investitionen und die aufgrund der angespannten Lage der öffentlichen Haushalte eher ab- als zunehmenden Fördermöglichkeiten, ist zu bezweifeln, ob diese Investitionssumme im genannten Zeitraum realisiert werden kann.

<sup>27</sup> Ein Einwohnerwert entspricht der durchschnittlichen Abwassermenge eines Einwohners bzw. einer organisch-biologisch abbaubaren Belastung mit einem biochemischen Sauerstoffbedarf in 5 Tagen (BSB<sub>5</sub>) von 60 g Sauerstoff pro Tag.

<sup>28</sup> Vgl. RAT DER EUROPÄISCHEN UNION (Hrsg.): Amtsblatt der Europäischen Union vom 30. Mai 1991, Nr. L 135/40 (ERRiL Kommunalabwasser). Brüssel 1991.

<sup>29</sup> Vgl. DEUTSCHER BUNDESTAG: Umwelt- und sozialverträgliche ..., a. a. O., S. 5. Das Investitionsvolumen der alten Länder wurde mit etwa 80 Mrd. DM beziffert.

Tabelle 3:

Niveau der kommunalen Abwasserbehandlung in den neuen Ländern, Stand Ende 1996

Land	Behandlung kommunaler Abwässer (Anteile an dem in Kläranlagen behandelten Abwasser)		Erfüllung der weitergehenden Behandlung nach EG Richtlinie 91/271/EWG		
	biologische  in vH	weitergehende  in vH	betroffene Kommunen  Anzahl	davon Erfüllung der Richtlinie	
				Anzahl	in vH
Brandenburg	38 <sup>a</sup>	48 <sup>a</sup>	42	29	69
Mecklenburg- Vorpommern	32	66	46	31	67
Sachsen <sup>b</sup>	80	10	73	23	32
Sachsen-Anhalt	23	38	56	44 <sup>c</sup>	79
Thüringen	48	36	39	28	72

<sup>a</sup> Stand Ende 1995. – <sup>b</sup> Vorläufige Daten. – <sup>c</sup> Stand September 1996.

Quelle: Umweltministerien bzw. Landesämter für Umwelt der neuen Länder; Berechnungen des IWH.

### Fördermaßnahmen

Zur Erleichterung der Anpassung an die höheren gesetzlichen Anforderungen der Abwasserbeseitigung der Bundesrepublik und der Europäischen Union wurden Investitionen in die öffentliche Entsorgungsinfrastruktur durch eine Reihe von Finanzierungshilfen unterstützt (vgl. Tabelle 4).

Dem Volumen nach war das zinssubventionierte Kommunalkreditprogramm, das ausschließlich in den neuen Ländern ausgereicht wurde, die wichtigste Fördermaßnahme. Rund 28 vH der Kredite dieses Programmes entfielen auf die Abwasserentsorgung, die damit etwa gleichauf mit dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur (29 vH), aber deutlich vor der Erschließung von Gewerbegebieten (19 vH), dem Ausbau der Wasserversorgung (11 vH) und der Abfallentsorgung (4 vH) lag.<sup>30</sup> Wegen der hohen Nachfrage war das Kommunalkreditprogramm bereits 1992 mit Zusagen erschöpft, so daß die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ein Kommunalprogramm aus Eigenmitteln zu Marktkonditionen aufgelegt hat. Seit 1995 bietet die KfW ein zinsgünstiges Infrastrukturprogramm an, mit dem vor allem kommunale Maßnahmen der Wasserver- und Abwasserentsorgung finanziert werden können. Das Volumen dieser Programme lag aber deutlich unter dem des ausgelaufenen zinssubventionierten Kommunalkreditprogramms. Dies hat neben Projektverzögerungen im Zusammenhang mit Überprüfungen überdimensionierter Kläranlagen mit zum Rückgang der Investitionen in den Jahren 1994 und 1995 beigetragen.

Kommunale Investitionen für die Abwasserentsorgung wurden ferner mit Mitteln der Gemein-

schaftsaufgabe zur „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) und der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) gefördert. Von 1990 bis 1996 erreichten die für die Abwasserentsorgung gewährten Zuschüsse der GA einen Anteil von etwa 13 vH an den gesamten Mitteln des Förderbereiches „wirtschaftsnahe Infrastruktur“. Im Vergleich dazu entfielen auf die Erschließung von Gewerbeflächen 39 vH. Zuschüsse der GAK wurden eingesetzt, um den Bau von Abwasseranlagen im ländlichen Raum zu unterstützen. Dafür wurden von 1991 bis 1995 etwa 16 vH der gesamten GAK-Mittel bzw. 54 vH der Mittel des Förderbereiches „wasserwirtschaftliche und kulturbautechnische Maßnahmen“ bewilligt.

### Hohe Abwassergebühren

Neben einer umweltschutzgerechten Infrastrukturausstattung ist das Niveau der Abwasserentgelte für Unternehmen standortrelevant. Sind die Abwassergebühren und Anschlußbeiträge an die Kanalisation und an Kläranlagen in einer Region höher als in anderen, entstehen in dieser vergleichsweise höhere Entsorgungskosten. Deswegen werden gewerbliche Indirekteinleiter von Abwässern eher in Gebieten investieren, in denen mit der Entsorgungssicherheit zugleich günstige Entgelte gegeben sind. Steigen die Abwasserentgelte schneller als die Einkommen der privaten Haushalte, belastet dies außerdem Haushalte finanziell.

1995 lagen die Abwassergebühren in den neuen Ländern nach einer Umfrage des Bundesverbandes der Gas- und Wasserwirtschaft e.V. (BGW) zu Beginn des Jahres 1996 durchschnittlich um 8 vH über dem Niveau der alten Länder, die Gebühren und Anschlußbeiträge nach einer Umfrage der Abwas-

<sup>30</sup> Vgl. ebenda, S. 39.

Tabelle 4:

## Finanzierungshilfen für den Ausbau der öffentlichen Abwasserentsorgung in Ostdeutschland

	1991	1992	1993	1994	1995	1991-95	
	Mio. DM					Mio. DM	vH
Förderkredite insgesamt <sup>a</sup>	2.024	2.094	236	128	620	5.102	100,0
davon							
zinssubventioniertes Kommunalkreditprogramm	2.024	1.945	-	-	-	3.969	77,8
KfW-Kommunalprogramm	-	149	214	24	2	389	7,6
KfW-Programm Sachsen-Anhalt	-	-	22	104	26	152	3,0
KfW-Infrastrukturprogramm	-	-	-	-	592	592	11,6
Zuschüsse insgesamt	257	493	913	1.318	974	3.955	100,0
davon							
GA (Bund und Länder) <sup>b</sup>	44	88	612	979	778	2.501	63,2
GAK (Bund und Länder)	91	282	301	339	196 <sup>c</sup>	1.209	30,6
Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost	122	123	-	-	-	245	6,2

<sup>a</sup> Bewilligte Kredite. – <sup>b</sup> Zusagen mit Stand Februar 1997; die anteiligen GA-Zuschüsse für Investitionen im Abwasserbereich wurden auf der Basis von Investitionsanteilen geschätzt. – <sup>c</sup> Sollwert laut Rahmenplan der GAK.

Quelle: Bundesamt für Wirtschaft, Bundesumweltministerium, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, KfW; Berechnungen des IWH.

sertechnischen Vereinigung e.V. (ATV) um 14 vH darüber (vgl. Tabelle 5). Dies ist u.a. auf den hohen Nachholbedarf, aber auch auf nicht ausgelastete Kläranlagen zurückzuführen.

In Einzelfällen wurden Klärwerke überdimensioniert, so daß diese derzeit unzureichend ausgelastet werden.<sup>31</sup> Gründe dafür waren:<sup>32</sup> Zu hoch geschätzte Abwassermengen, fehlerhafte Prognosen der Schadstofffrachten gewerblicher Indirekteinleiter, mangelhafte Beratung von Kommunen bei der Planung von Anlagen, Vollzugs- und Kontrollprobleme in der Phase des Neuaufbaus kommunaler Aufsichtsbehörden, Fehlanreize durch im Vergleich zu anderen Infrastrukturbereichen hohe Förderquoten staatlicher Finanzierungsprogramme<sup>33</sup> sowie un-

zureichende Prüfung der Wirtschaftlichkeit und Refinanzierung der Maßnahmen. Derartige Mängel traten vor allem bei Projekten auf, die unmittelbar nach der deutschen Vereinigung in Angriff genommen wurden.

Tabelle 5:  
Abwassergebühren  
- in DM pro Kubikmeter, Anfang 1996 -

	gewichtete Gebühr <sup>a</sup>	Bandbreite	Repräsentanz <sup>b</sup> (vH)
Brandenburg	5,82	3,36 - 9,70	68
Mecklenburg-Vorpommern	4,67	1,75 - 8,47	45
Sachsen	4,31	2,85 - 8,42	53
Sachsen-Anhalt	4,84	3,05 - 9,55	42
Thüringen	4,11	1,00 - 8,66	57
Neue Länder nach BGW-Umfrage	4,70	1,00 - 9,70	53
ATV-Umfrage <sup>c</sup>	4,98	1,28 - 10,63	39
Alte Länder nach BGW-Umfrage	4,37	0,50 - 11,54	58
ATV-Umfrage <sup>c</sup>	4,38	0,74 - 11,20	37

<sup>a</sup> Mit der Anzahl der angeschlossenen Einwohner gewichtete Abwassergebühr (einschließlich Grundgebühr). – <sup>b</sup> Repräsentanz der Umfrage gemessen am Anteil erfaßter Einwohner. – <sup>c</sup> Bei dieser Umfrage wurde der Anschlußbeitrag einbezogen, in laufende Kosten umgerechnet und als solcher in den Gebühren berücksichtigt.

Quelle: BGW, ATV.

Regional variieren die Abwassergebühren stark. In Einzelfällen überschreiten diese auch die in Ta-

schutzinvestitionen ostdeutscher Kommunen – Einflußfaktoren, Schätzungen und Fördermaßnahmen, in: IWH-Forschungsreihe 7/94. Halle 1994, S. 40.

<sup>31</sup> Vgl. dazu MINISTERIUM FÜR RAUMORDNUNG, LANDWIRTSCHAFT UND UMWELT DES LANDES SACHSEN-ANHALT: Landesentwicklungsbericht 1996. Magdeburg 1996, S. 132. – SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND LANDESENTWICKLUNG: Jahresbericht der Wasserwirtschaft – Sachsen, in: Wasser & Boden, Heft 7/1996. Berlin, S. 91 sowie Thüringer Landesanstalt für Umwelt: Gewässerschutz in Thüringen, Entwicklung der kommunalen Abwasserentsorgung. Jena 1996, S. 21.

<sup>32</sup> Vgl. dazu PÜCHEL, M.: Ausgewählte Aspekte der kommunalen Abwasserentsorgung (Erfahrungsberichte), in: Bundesumweltministerium (Hrsg.): Kosten und Abgabeminimierung in der kommunalen Abwasserentsorgung. Bonn 1996, S. 16.

<sup>33</sup> Bei dem zinssubventionierten Kommunalkreditprogramm lag die Förderquote – als Anteil der bewilligten Kredite an den geförderten Investitionen – im Förderbereich „Abwasser/Kanalisation“ um 11 vH über dem im Bereich „Erschließung von Gewerbeflächen“ und um 9 vH über dem im Bereich „Trinkwasser“. Vgl. KOMAR, W.: Umwelt-

belle 5 ausgewiesenen Maximalwerte.<sup>27</sup> Nach Modellrechnungen der ATV, die auf den geschätzten Investitionen der nächsten zwanzig Jahre und auf einer angenommenen Inflationsrate von 2 vH basieren, wird künftig eine jährliche Gebührensteigerung von etwa 5 vH in den alten Ländern erwartet.<sup>28</sup> Wegen des Nachholbedarfes und wegen anlagenbestandsbedingter geringerer Abschreibungserlöse sowie der daraus folgenden höheren Kreditfinanzierung der Maßnahmen rechnet der ATV mit einem noch höheren Anstieg in Ostdeutschland.

In ostdeutschen Regionen, in denen überdurchschnittlich hohe Abwassergebühren zu verzeichnen

sind, treten abwasserkostenbedingte Standortnachteile für Indirekteinleiter von Abwässern auf. Sie betreffen vor allem Gewerbetreibende sowie kleine und mittlere Betriebe. Fallen hohe Abwasserentgelte mit weiteren ungünstigen Faktoren, etwa mit Defiziten der Verkehrsinfrastruktur oder mit hohen Strompreisen zusammen, kann dadurch die Ansiedlung von Unternehmen behindert werden.

Walter Komar  
(kmr@iwh.uni-halle.de)

## Die Produktion weicher Standortfaktoren: Kommunale Kulturausgaben im Ost-West-Vergleich

*Die relativ gute Ausstattung ostdeutscher Städte mit kultureller Infrastruktur stellt einerseits einen potentiell attraktiven weichen Standortfaktor andererseits einen bedeutenden Kostenfaktor dar. Aus einem Ost-West-Vergleich von Kennzahlen des Kulturbetriebs ergeben sich Hinweise, daß ostdeutsche Kommunen ihre kulturelle Infrastruktur wenig kostengünstig betreiben und das vorhandene Potential zu wenig ausschöpfen. Verbesserungen der Kostensituation lassen sich durch verstärkten Druck, die Einspielergebnisse zu verbessern und durch die Umwandlung von Einrichtungen in Eigenbetriebe erzielen.*

### **Kommunale Kultureinrichtungen als Standort- und Kostenfaktor**

Im Gefolge des intensivierten Standortwettbewerbs zwischen den Städten auf nationaler und internationaler Ebene gewinnt die Produktion und Bereitstellung weicher Standortfaktoren, wie die Freizeitqualität und das kulturelle Angebot, einen zunehmend größeren Stellenwert für kommunale Handlungsstrategien. Die Schlagworte der „Kulturalisierung“ und „Festivalisierung“ der Stadtentwicklungspolitik stehen als Indizien für diesen Trend.<sup>36</sup>

Die Kommunen geben im Vergleich zu Bund und Ländern einen höheren Anteil ihres Budgets für Kultur aus und sind Träger einer großen Zahl von Theatern, Museen und Bibliotheken. Von den öffentlichen Zuschüssen in Höhe von 5,3 Mrd. DM im Jahr 1993 für Theater und Musikpflege flossen 3 Mrd. DM von kommunaler Seite.<sup>37</sup>

Die Städte der neuen Länder haben im Gegensatz zu ihrer materiellen Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur eine vergleichsweise gut ausgestattete kulturelle Infrastruktur als DDR-Erbe übernommen. Verschiedene überlokal bekannte kulturelle Einrichtungen prägen das Image zahlreicher Städte wesentlich mit. Dieser relativ hohe Besatz an Ensembles, Orchestern und Aufführungsgebäuden auch in relativ kleinen Städten stellt in einer Zeit wachsender Bedeutung weicher Standortfaktoren einerseits ein Attraktivitätspotential, in einer Situation extremer kommunaler Finanzknappheit andererseits aber auch einen Kostenfaktor mit der Tendenz zu überproportionalem Wachstum aufgrund der hohen Personalkostenanteile dar. Demzufolge befassen sich insbesondere die ostdeutschen Kommunen mit Fragen „Wieviel Kultur können sich die Städte heute noch leisten?“ oder „Ist ein attraktives kulturelles Angebot auch anders und mit weniger Mitteln erreichbar?“ Die folgenden Analysen – mit

<sup>34</sup> Vgl. DEUTSCHER BUNDESTAG: Umwelt- und sozialverträgliche Abwasserbehandlung und -vermeidung, in: Bundestagsdrucksache 13/3095. Bonn 1995, S. 5.

<sup>35</sup> Vgl. ATV: Neue ATV-Prognose für Abwassergebühren, ATV-Informationen 28/1995. Bonn 1995.

<sup>36</sup> Vgl. HÄUSSERMANN, H.; SIEBEL, W. (Hrsg.): Festivalisierung der Stadtpolitik. Stadtentwicklung durch große Projekte, Leviathan, Sonderheft 13. Opladen 1993 – Dies.:

Die Kulturalisierung der Regionalpolitik, in: Geographische Rundschau, 45. Jg., 1993, S. 218-223.

<sup>37</sup> Vgl. BECKER, L.: „National Lottery“ erhöht die öffentlichen Mittel für Kultur in Großbritannien. Ein Vergleich der Kulturfinanzierung in Großbritannien und Deutschland, in: ifo Schnelldienst, H. 12, 1996, S. 30.